

Solingen AKTIV, 27.9.12

Antrag zum Haushaltsentwurf 2012/2013

Antrag zum Haushaltssanierungsplan

neuer Antrag

weitere Staffelung der Kindertagesstättenbeiträge für hohe Einkommensklassen

Ansatz ab 2013: 30.000

Begründung:

Der Bürgerantrag B 46 sieht eine Erweiterung der Kindergartenbeitragssatzung vor, indem auch Einkommen über 71.000 weiter gestaffelt und Familien mit Einkommen über 90.000 entsprechend mehr bezahlen. Das sollte umgesetzt werden. Die Stadt wird beauftragt prüfen, wie das erhoben werden kann und ob für diese Einkommensklassen auch Beitragsvergünstigungen etwa für Geschwisterkinder gestrichen werden. Es ist nicht einzusehen, dass Menschen mit einem Einkommen um 7.500 Euro im Monat nicht in der Lage wären, für einen KiTa-Platz zu bezahlen. Die Stadt hat keine Möglichkeit eine „Reichen“-steuer oder ähnliches zu erheben, wie es der Bürgervorschlag B 212 erhebt. Der Grundgedanke, dass Vermögende mehr Steuern und Abgaben zahlen können und sollen als arme/ärmere Bevölkerungsschichten kann aber durch solch eine Änderung der Beitragssatzung verwirklicht werden.

Antrag zum Haushaltsentwurf 2012/2013

Der Rat beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich im Sinne dieses Ratsbeschlusses gegenüber der Landes - und Bundesregierung für die (Wieder)-Einführung einer Vermögenssteuer einzusetzen.

Die Mitglieder des Rates unterstützen Forderungen, Reichtum höher zu besteuern und werden sich an entsprechenden Aktivitäten für diese Forderung beteiligen.

Begründung:

Die Heranziehung höherer Vermögen angesichts der Schulden des Bundes, der Länder und insbesondere der Kommunen insbesondere auch für notwendige Zukunftsinvestitionen ist dringend notwendig und würde auch die Kommunen entlasten. Diese Forderung bringt auch den Protest gegen die Abwälzung dieser Lasten auf die „einfachen Menschen zum Ausdruck. Ähnliche Forderungen werden derzeit von verschiedenen gesellschaftlichen Initiativen unterstützt. U.a. beschloss am 14.9.2012 der Stadtrat in Göttingen:

1. Die Stadt Göttingen tritt öffentlichkeitswirksam dem Bündnis "Vermögenssteuer jetzt!" bei.
2. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich im Sinne dieses Ratsbeschlusses gegenüber der Landes - und Bundesregierung für die (Wieder)-Einführung einer Vermögenssteuer einzusetzen.
3. Der Rat unterstützt die zentrale Forderung des Bündnisses UmFAIRteilen, Reichtum höher zu besteuern, und ruft die BürgerInnen Göttingens auf, sich an dem Aktionstag des Bündnisses am 29. September 2012 zu beteiligen.

Solingen AKTIV, 27.9.12

Antrag zum Haushaltsentwurf 2012/2013

Antrag zum Haushaltssanierungsplan

Antrag zu M251

Ergänzend zum Änderungsantrag SPD/Grüne/BfS/DSW

Maßnahme anpassen

Verpachtung öffentlicher Dach- und Gebäudeflächen für Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien

Ansatz 2013: 60.000

2014: 300.000

2015 ff: 450.000

Begründung:

Der Bürgerantrag B 163 schlägt die Installation von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden vor. Auch wenn die Verwaltung in der Bemerkung dazu verschiedene Bedenken äußert, so sollte diese umwelt- und finanzpolitisch sinnvolle Maßnahme weiter verfolgt und vom Rat auch ausdrücklich beschlossen und damit beauftragt werden. Investoren sollen auch und vor allem in der umweltbewussten Öffentlichkeit gefunden werden (siehe Bürgerenergieinvest). Im ursprünglichen Änderungsantrag von SPD/Grünen/BfS und DSW war das enthalten, ist aber auf/nach dem Finanzausschuss offenbar geändert worden. Durch diesen Antrag soll die Maßnahme wieder ergänzt werden.

Solingen Aktiv
Ratsmitglied Gabi Gärtner, 31.1.2012

**An
Herrn Oberbürgermeister Feith
Alle Fraktionen im Rat der Stadt Solingen
Herrn Hohn/FBU**

Ergänzungsanträge zur Vorlage Nr. 1882 zu Tagesordnungspunkt 10
"Zukunftsperspektiven für die Stadtwerke Solingen GmbH"

1. Punkt 2. soll am Schluss des ersten Absatzes ergänzt werden:

"Diese Gespräche und Kooperationen sollen vornehmlich mit kommunalen Bündnissen gesucht werden."

Begründung: Hier soll eine klare Priorisierung für kommunale Partner und Bündnisse erfolgen. Diese sind weniger als die Aktiengesellschaften Renditezwängen unterworfen.

2. Punkt 2.c. in der ersten Zeile "strategischen Partner" streichen und wie folgt ersetzen:

"c. die Suche nach einem bzw. mehreren Kooperationspartnern, die die SWS-Anteile..."

Begründung: die bisherige strategische Abhängigkeit von der MVV soll nicht durch eine im Grundsatz ähnliche Abhängigkeit von einem anderen strategischen Partner ersetzt werden.

3. Punkt 2. c. nach „Arbeitsplatzbeschaffung“ ergänzen durch:

„Bestand von Qualität und bezahlbarem Preisniveau, Gewährleistung der Arbeits- und Ausbildungsplätze auf dem gegenwärtigen tariflichen und sozialen Niveau, Einheitliche Betriebsführung von Überschuss - und Zuschussbereichen - kein Herausbrechen von Filetstücken zur Privatisierung, Abführung der Erlöse der gewinnträchtigen Bereiche an die Stadt, Umbau der Stadtwerke zur vorrangigen Nutzung regenerativer, möglichst wohnortnah erzeugter Energie, kompletter Ausstieg der SWS aus der Atomenergie, verbesserte öffentliche Transparenz,...“

Begründung: Die Anforderungen der weiteren Zusammenarbeit müssen im Sinne der Daseinsfürsorge von den Interessen der Solinger Bevölkerung ausgehen, was hiermit noch in weiteren Kriterien präzisiert wird. Die derzeitigen Möglichkeiten der Neu/Umgestaltung der Stadtwerke und ihrer Partnerschaften sollen im Jahr nach Fukushima und aufgrund der großen Ablehnung der Atomenergie durch die Bevölkerung zum „Atomausstieg“ auch in Solingen (bisher noch 20% Atomstrom bei den SWS) genutzt werden, was auch andere Kommunen derzeit vollziehen.

4. Punkt 3. am Schluss wie folgt ergänzen:

„Ziel muss der Ausstieg aus dem bestehenden Löschwasservertrag sein.“

Begründung: Der Löschwasservertrag ist auch in seiner „light“ Version nicht tragbar und steht keiner angemessenen Leistung gegenüber. Seit 10 Jahren werden bereits weit überdimensionierte Zahlungen für das Löschwasser an die MVV geleistet.

5. Punkt 6. am Schluss wie folgt ergänzen:

„Dabei müssen die Arbeits- und Ausbildungsplätze erhalten bleiben und ausgebaut werden. Aus diesem Grund und zur Sicherung der selbstständigen Überlebensfähigkeit der Stadtwerke sollen strategische Elemente wie Netze, Abrechnungswesen, Zähl- und Messwesen sowie die Datenverarbeitung mit selbstständig handlungsfähigen Bestandteilen in Solingen bleiben.“

Begründung: Auslagerungen bei den genannten Bereichen würde die eigenständige Überlebensfähigkeit der SWS schwächen, „Fakten schaffen“ für etwaige „strategische“ Partner und Arbeitsplätze in Solingen gefährden.

6. Punkt 7. im letzten Halbsatz wie folgt ersetzen:

„...wird weitgehend in der bisherigen Zusammensetzung verlängert. Als Vertreter der Solinger Bürger soll ein sachkundiger Bürger auf Vorschlag der Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“ zugezogen werden.“

Begründung: Beteiligung der Bürger, die sich seit Jahren kompetent mit diesem Thema befassen. Es ist durchaus auch in anderen Bereichen üblich, gesellschaftlich relevante Gruppen und Verbände zu ihren „Fachthemen“ in kommunalen Gremien zu beteiligen (Wohlfahrtsverbände...)

7. Punkt 8. am Schluss wie folgt ergänzen:

„Herr Schneider soll ihr nicht mehr angehören.“

Begründung: Aufgrund der Verstrickungen von Herrn Schneider in den Löschwasservertrag ist diese Personalie nicht tragbar, was die Verwaltung durch seinen Teilabzug aus Verhandlungen bereits selbst zugestanden hat.

8. Punkt 10.: als neuen Punkt 10 a. einfügen:

„a. Im Sinne einer wirklichen Transparenz und Beteiligung der Öffentlichkeit sollen alle Möglichkeiten geprüft und verfolgt werden, die bisherigen Verträge mit der MVV und alle weiteren Vertragsentwürfe offen zu legen.“

Begründung: Ohne Kenntnis der Verträge ist die angestrebte „umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit“ fundamentlos. In Fällen wie der Teilprivatisierung der Berliner Wasserversorgung war die Offenlegung der Verträge berechtigt im Zentrum von Bürgerforderungen, einem entsprechenden Bürgerbegehren musste dort stattgegeben werden.

Weitere Begründungen erfolgen mündlich